



Gastgeber als Betrüger Oder: Wie üble Meinungsmache funktioniert und was sie bewirken kann

Selten erregt die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ mit ihrem Wirtschaftsteil Aufsehen. Aber spätestens seit der Ausgabe Nr. 9 vom 20.02.2014 hat sich das aus Sicht des Gastgewerbes geändert. Unter der reißerischen Überschrift „Zu Gast bei Betrügern“ findet der interessierte Leser als ganzseitigen Aufmacher einen Beitrag, der vor Unterstellungen und Ungenauigkeiten, die mit dem Branchenalltag nur wenig bis gar nichts zu tun haben, nur so strotzt. Der Autor Rudzio schildert – völlig unbelastet von Branchenwissen – seine Erlebnisse aus immerhin drei (!) eigenen Besuchen in verschiedenen Gastronomiebetrieben. Und schließt dann – „unterstützt“ durch zwei Fachleute der Finanzverwaltung und deren Vorurteile – aus seinen eigenen Mutmaßungen auf eine ganze Branche, die er völlig zu Unrecht verunglimpft.

Ich kann und will an dieser Stelle nicht sämtliche Einzelheiten im Detail widerlegen. Das würde Sie langweilen. Nur ein Beispiel aus dem Text von Kolja Rudzio sei hier stellvertretend angeführt: „Die Steuerbeamten müssen sich Wochen vor ihrem Besuch anmelden und angeben, welche Jahre sie untersuchen wollen. Nur Fahnder, die bei einem konkreten Straftatverdacht ermitteln, können unangemeldet erscheinen...“ Von einer Umsatzsteuer- oder Lohnsteuer-Nachschau hat der Verfasser offenbar noch nichts gehört. Aber aus eigener Praxis und von zahlreichen Seminarteilnehmern weiß ich, dass diese unangekündigten Prüfungen längst zum Branchenalltag gehören. DIE ZEIT hat eine verkaufte Wochenaufgabe von mehr als Fünfhunderttausend Exemplaren (so die Verlagspreisliste 2013 ff.) und ist damit eine Wochenzeitung von beachtlicher Reichweite. Nach eigenem Bekunden der Wochenzeitung ist der typische ZEIT-Leser der akademische Bildungsbürger, al-

so ein Mensch, der in der Regel das Gastgewerbe nur als zahlender Kunde kennt. Aber auf vermeintliche Steuerbetrüger wird in Anlehnung an das St.-Florians-Prinzip ja immer sehr gerne geschimpft.

Wer genauer nachliest, kann mit etwas Mühe herausfinden, was den Journalisten zu seinem Artikel angestiftet hat: Im Februar 2013 (nicht 2014 ☺) hat die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) einen Bericht mit folgendem Titel veröffentlicht: „Umsatzverkürzung mittels elektronischer Kassensysteme: Eine Bedrohung für die Steuereinnahmen“. Wer sich die Mühe macht und die Studie vollständig liest, findet dort konkrete Manipulationsbeispiele aus Kanada, Norwegen, Südafrika, Schweden und Slowenien¹, aber auch einen Hinweis auf den Deutschen Bundesrechnungshof und dessen Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2003 (ja, Sie haben richtig gelesen, für 2003). Hier geht es also offensichtlich nicht um irgendwelche brandaktuellen Neuigkeiten, sondern um Füllmaterial für die Saure-Gurken-Zeit. Auf Ihre Kosten. Sie werden ja auch nicht unbedingt zu den Stammlesern der ZEIT gezählt.

Vielleicht wollte „DIE ZEIT“ ja nur von der Verurteilung ihres ehemaligen langjährigen Chefredakteurs und Herausgebers, Theo Sommer, ablenken?! Der ist nämlich im Januar 2014 wegen Steuerhinterziehung rechtskräftig verurteilt worden. Nach Medienberichten ging es um eine Summe von 650 T€ Steuerschulden. Im genannten Artikel wird er nicht einmal namentlich erwähnt. Die bittere und harte Realität in einer Vielzahl von sächsischen Gastronomiebetrieben sieht völlig anders aus: mancherorts existenzvernichtende Preiskämpfe, hohe Restschulden und stark steigende Personalkosten (Mindestlohn!) führen dazu,

dass zahlreiche InhaberInnen für das Existenzminimum (oder sogar noch weniger), im Gegenzug aber mit einer 70h-Woche (oder mehr) arbeiten. Da wird kein Umsatz „weggedrückt“. Da wird jeder Euro verzweifelt gesucht. Warum sollte sich ein Hamburger Journalist auch in die vermeintlichen Niederungen der scheinbar so schlichten Dienstleistungen hinabbewegen?!

Hervorragend ins mediale Bild passt dann abschließend noch, dass der nordrhein-westfälische Finanzminister, Norbert Walter-Borjans (SPD), der sich auch zum Thema „Steuer-CDs“ schon im vergangenen Jahr (nämlich im Handelsblatt vom 17.04.2013) mit der sachlichen Überschrift „Der Ehrliche darf nicht der Dumme in“ zu Wort gemeldet hatte, nun den „Betrüger den Kampf“ ansagt und in einer Pressemitteilung vom 03.04.2014 schwadroniert: „Wir werden den massenhaften Betrug an manipulierten Kassen nicht länger hinnehmen.“ Wer sich auch hier wieder die Mühe macht, die Präsentation zur Pressekonferenz zu sichten, findet auch sofort Walter-Borjans Lösungsvorschlag: „INSIKA“, den „kryptographischen Manipulationsschutz für Registrierkassen“, oder schlicht übersetzt: den Pflicht-Fiskalspeicher in jeder Kasse. Als Musterbetrüger in dieser Präsentation wird (wer wird sich jetzt noch wirklich wundern?) natürlich – ein Gastronomiebetrieb gezeigt. So wird aus undifferenzierter Meinungsmache dann ganz konkrete Politik. Noch dazu populistische. Eigentlich ganz einfach.

¹) a.a.O.: Einführung, Seite 6 und 7

¹) a.a.O.: Einführung, Seite 7

Michael Eichhorn,
Eichhorn Ody Morgner
Steuerberatungsgesellschaft mbH



Rundfunkbeitrag – Monatlicher Beitrag sinkt auf 17,50 Euro

Statt 17,98 Euro soll der monatliche Rundfunkbeitrag künftig nur noch 17,50 Euro betragen. Das haben die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Konferenz in Berlin beschlossen. Erstmals sinken damit die Gebühren für den öffentlich-rechtlichen

Rundfunk. Allerdings blieben die Ministerpräsidenten mit der Absenkung um 48 Cent unter der Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Diese hatte sich im Dezember für eine Absenkung um 73 Cent

ausgesprochen. Grund waren insbesondere die zu erwartenden Zusatzeinnahmen der Sender, die die 2013 in Kraft getretene Reform des Rundfunkbeitrags mit sich gebracht hatte.